

Ressort: Politik

Berlin beobachtet islamistische Einflussnahme im Kosovo durch Saudi-Arabien

Berlin, 17.05.2017, 04:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung beobachtet islamistische Einflussnahme im Kosovo durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten. "Saudi-arabische Missionierungsorganisationen sind auch im Kosovo aktiv und verbreiten hier die von Saudi-Arabien vertretene wahhabitische Interpretation des Islam, etwa durch die Entsendung von Predigern", schreibt die Bundesregierung laut "Welt" in einer Antwort auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsfraktion.

Zudem sei "ein kontinuierliches Engagement arabischer Geldgeber - Einzelpersonen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche und halbstaatliche Institutionen - in der Islamischen Gemeinde Kosovos (BIK) feststellbar". Die Linke-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die die Anfrage gestellt hatte, sagte der "Welt": "Unter den Augen von KFOR hat sich das Kosovo zum islamistischen Terrorzentrum in der Region entwickelt. Es ist skandalös, dass sich dank der Präsenz deutscher Soldaten saudische Gewalt- und Hassprediger ungestört die ideologische Basis dafür schaffen konnten." Die Bundesregierung sei "gefordert die Situation im Kosovo nicht weiter schönzureden und die Öffentlichkeit nicht weiter im Unklaren zu lassen, über die konkreten Zahlen der Rekrutierung für islamistische Terrornetzwerke für den IS und andere Organisationen im KFOR-Gebiet". Der Antwort zufolge beobachtet die Bundesregierung auch eine wachsende Einflussnahme der Türkei auf dem Balkan. "Seit Amtsantritt der AKP-Regierung 2002 und insbesondere während der Amtszeit des ehemaligen Außenministers Ahmet Davutoglu hat eine strategische Neuorientierung der türkischen Außenpolitik stattgefunden. Im Zuge dieser Neuausrichtung wurden auch (jedoch nicht ausschließlich) politische Schwerpunkte in Gebieten gesetzt, die früher Teil des Osmanischen Reiches waren. Die Türkei erhebt in diesem Zusammenhang einen politischen Gestaltungsanspruch auch auf dem Westlichen Balkan und ist bestrebt, eine aktive Rolle in der Region wahrzunehmen." Nach Kenntnis der Bundesregierung überträgt sich der türkische Konflikt zwischen der Regierungspartei AKP und Gülen-Bewegung auf die Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien und Kosovo. Es treffe zu, "dass die türkische Regierung seit dem Putschversuch vom Juli 2016 die Aktivitäten der Bewegung von Fethullah Gülen verstärkt mit den Regierungen" dieser Länder thematisiere. "Dabei hat die türkische Regierung zum Teil auch die Schließung von Bildungseinrichtungen gefordert, die sie der Gülen-Bewegung zurechnet". Im Kosovo gebe es fünf solcher Institutionen. Dagdelen sagte der "Welt" weiter: "Im KFOR-Einsatzgebiet Kosovo hat Erdogan freie Hand für seine neosmanische imperiale Politik. Gleichzeitig nutzt er seine Möglichkeit der Einflussnahme auch im Kosovo für politische Säuberungen. Dies ist ein zusätzlicher Grund, dass die Bundesregierung endlich ihre Türkeipolitik radikal ändern und klare Kante gegenüber Erdogan zeigen muss."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89473/berlin-beobachtet-islamistische-einflussnahme-im-kosovo-durch-saudi-arabien.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com